
Vorsitz: Armenien**975. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 12. Mai 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 15.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende der Russischen Föderation und den Angehörigen der Opfer des Amoklaufs in einer Schule in Kasan am 11. Mai 2021 sein Beileid aus.

Der Vorsitzende erinnerte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **SICHERHEITSDIALOG: HERAUSFORDERUNGEN IN VERBINDUNG MIT DER MODERNEN KRIEGSFÜHRUNG**

- *Vortrag von S. M. Grand-Clément, Programm für Sicherheit und Technologie und Programm für konventionelle Waffen, Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung*
- *Vortrag von Oberst S. Amirchanjan, Verteidigungsministerium der Republik Armenien*
- *Vortrag von T. Vestner, Leiter des Programms Sicherheit und Recht, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik*

Vorsitz, S. M. Grand-Clément (FSC.DEL/169/21), Oberst S. Amirchanjan (FSC.DEL/170/21), T. Vestner (FSC.DEL/171/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina, den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/173/21), Schweiz (FSC.DEL/164/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 1), Kanada, Russische Föderation (Anhang 2), Türkei (FSC.DEL/176/21 OSCE+), Aserbaidschan (FSC.DEL/165/21 OSCE+), Armenien (Anhang 3)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/166/21) (FSC.DEL/166/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/174/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/163/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Kanada, Russische Föderation

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Ersuchen, die Informationen über die nationalen Kontaktstellen zur Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf dem neuesten Stand zu halten:* Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/172/21 OSCE+)
- (b) *Unterrichtung über das Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 6. Mai 2021 über Videokonferenz:* Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 4)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 19. Mai 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

975. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 981, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Die Vereinigten Staaten danken dem armenischen Vorsitz für die Anberaumung der heutigen Erörterung. Das Thema dieses Sicherheitsdialogs ist uns ganz besonders willkommen, weil es sowohl aktuell als auch relevant ist. Wie in der kürzlich veröffentlichten vorläufigen nationalen Sicherheitsstrategie festgehalten, hat sich das Kabinett Biden dem Ziel verschrieben, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten und Partnern die neuen Regeln und Verfahren zu schaffen, die es uns ermöglichen werden,

- (i) die Chancen des technischen Fortschritts zu nutzen,
- (ii) Normen im Hinblick auf neue Technologien zu entwickeln und zu setzen, die Rechte und demokratische Werte in den Mittelpunkt stellen,
- (iii) die Zusammenarbeit zu fördern,
- (iv) Schutzbarrieren gegen Missbrauch und böswillige Handlungen zu errichten sowie
- (v) die Ungewissheit zu reduzieren und das Risiko zu kontrollieren, dass der Wettbewerb zu Konflikten führt.

Die Vereinigten Staaten bekennen sich klar zu einem Einsatz dieser neuen Mittel im Einklang mit dem Völkerrecht einschließlich des Rechts der bewaffneten Konflikte. Zu diesem Zweck haben wir auf transparente Weise Anweisungen des Verteidigungsministeriums zur Autonomie von Waffensystemen, Ethikgrundsätze für künstliche Intelligenz sowie die Richtlinie des Verteidigungsministeriums zur Überprüfung der Legalität von Waffen entwickelt, um sicherzustellen, dass bei der An- und Beschaffung von Waffen, einschließlich neuer Technologien, das humanitäre Völkerrecht eingehalten wird.

Die Vereinigten Staaten beteiligen sich konstruktiv am Dialog im Rahmen der Gruppe der Regierungssachverständigen des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen, die sich mit neuen Technologien im Bereich der letalen autonomen Waffensysteme befasst; und wir verweisen insbesondere auf deren Leitprinzipien von 2019, in denen ausdrücklich bekräftigt wird, dass das humanitäre Völkerrecht auch weiterhin für alle Waffensysteme einschließlich der potenziellen Entwicklung und Verwendung neuer Technologien

Geltung hat. Diese Prinzipien machen deutlich, dass die Staaten bei der Erforschung, Entwicklung, Anschaffung und Einführung neuer Waffen, Mittel oder Methoden der Kriegsführung stets verpflichtet sind, zu eruieren, ob deren Einsatz unter bestimmten oder allen Umständen durch das Völkerrecht verboten wäre.

Der Art der Kriegsführung und die potenziell in Konflikten eingesetzten Mittel wandeln sich. Die Instrumente, die uns zur Konfliktverhütung zu Gebote stehen, wie die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen halten mit diesem Wandel nicht ganz Schritt.

Um direkt auf die Leitfragen des Vorsitzes zu antworten: Technologische Fortschritte im Bereich der konventionellen Waffen schrecken, für sich genommen, weder vor Konflikten ab noch provozieren sie sie. Es gibt einen verständlichen Impuls, diese potenziell destabilisierenden Technologien internationalen Übereinkünften oder Vereinbarungen zu unterwerfen. Die internationalen Bemühungen um die Kontrolle und das Management neuartiger Waffen und Technologien sehen sich jedoch mehreren praktischen Schwierigkeiten gegenüber. Allgemein gesprochen, kann man wohl sagen, dass es oft genau die gleichen Eigenschaften neuer Technologien sind, die einerseits Grund zu Sorge geben und es andererseits schwer machen, im Rahmen von Rüstungskontroll- und Transparenzregimen den richtigen Umgang mit ihnen zu finden. Geringe Abmessungen sind eine offensichtliche Herausforderung: Eine kleine Drohne lässt sich leicht verstecken. Um bei der Vertrauensbildung nützlich zu sein, müssen VSBM effektiv sein. Das heißt, sie müssen Informationen liefern, die zutreffend sind und zur Transparenz beitragen. Einschränkungen für neue Technologien, die sich einer präzisen Verifikation entziehen, eignen sich nicht für traditionelle Methoden der Rüstungskontrolle. Bei manchen Technologien könnten sich andere Arten der Vertrauensbildung anbieten; hier könnten etwa Unterrichtungen oder Vorführungen der jeweiligen Technologie infrage kommen. Die OSZE ist nicht das einzige Forum für diese Diskussionen, und bestimmte technologische Entwicklungen, die sich auf die strategische Stabilität auswirken, werden vielleicht besser auf bilateraler Ebene oder in einem anderen multilateralen Forum behandelt.

Unabhängig von allen Veränderungen im Technologiebereich ist ein gehaltvoller Dialog noch immer die beste Transparenzmaßnahme, um Besorgnisse hinsichtlich der Bedrohungswahrnehmung zu zerstreuen. Weder neuartig noch technisch ausgeklügelt, ist der Dialog doch das wirksamste Mittel zur Einschätzung von Absichten und als Grundlage von Bedrohungswahrnehmungen. Wir sind enttäuscht, dass die Russische Föderation sich auf keinen inhaltlichen Dialog eingelassen hat, nachdem die Ukraine Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments geltend gemacht hatte. Wir fordern die Russische Föderation zu einem inhaltlichen Dialog auf und rufen alle Staaten auf, bis Ende 2021 den Modernisierungsvorschlag für das Wiener Dokument als Verhandlungsgrundlage zu nutzen.

VSBM können und sollten im gleichen Geist des multilateralen Konsenses aktualisiert werden, in dem sie geschaffen wurden. Fünfundvierzig Teilnehmerstaaten forderten auf dem Ministertreffen in Tirana Maßnahmen und anerkannten, dass das Wiener Dokument aktualisiert werden sollte. Es ist wichtig, dass dies ohne unnötige Verzögerung geschieht.

Beunruhigender als der Widerstand gegen die Aktualisierung dieses grundlegenden Dokuments ist jedoch die Entscheidung bestimmter Teilnehmerstaaten, ihre bestehenden VSBM-Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument zunehmend zu missachten und selektiv

umzusetzen. Die Verschlechterung der Sicherheitslage im OSZE-Gebiet in den letzten Jahrzehnten ist unbestreitbar. Die Ursachen sind jedoch nicht immer offensichtlich. Undurchsichtige Taktiken wie Desinformationsaktionen, böswillige Cyberaktivitäten, der Einsatz von Stellvertreterakteuren und geheime militärische Maßnahmen haben gewiss zu dieser Erosion beigetragen.

Es ist viel besser, Spannungen zu entschärfen, bevor sie überhaupt zu einem offenen Konflikt führen. Das Bekenntnis zu bewährten VSBM einschließlich des Wiener Dokuments sowie deren Umsetzung werden in diesem Sinne umso wichtiger. Wenn sie ihrem Zweck entsprechend eingesetzt und im Geiste der Zusammenarbeit vollständig umgesetzt werden, können die bestehenden VSBM durch transparente Offenlegung der militärischen Fähigkeiten und militärischen Absichten Spannungen abbauen, das Risiko von Fehleinschätzungen verringern und das Potenzial für bewaffnete Konflikte minimieren.

Selbst die besten VSBM – jene, die Transparenz schaffen und dadurch wiederum das Vertrauen unter Nachbarn stärken – können wenig ausrichten, wenn sie ignoriert werden. Deshalb sollten alle Teilnehmerstaaten ihre bestehenden Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllen, etwa indem sie auf Ersuchen um Transparenz über ungewöhnliche militärische Aktivitäten reagieren und jährliche Militärdaten vorlegen. Das sind ganz grundlegende Schritte.

Die vollständige Umsetzung und Modernisierung dieser VSBM, beginnend mit dem fundamentalen Satz von VSBM, zu dem sich alle OSZE-Teilnehmerstaaten politisch verpflichtet haben – dem Wiener Dokument –, ist unerlässlich. Obwohl dieser sehr bescheidene Schritt die komplizierten Herausforderungen der modernen Kriegsführung nicht lösen würde, würde er doch die militärische Transparenz erhöhen und Besorgnisse über militärische Aktivitäten und Zwischenfälle mildern, während die Teilnehmerstaaten gleichzeitig weitere Modernisierungsvorschläge ausarbeiten. Art und Mittel der Kriegsführung mögen sich geändert haben; nicht geändert hat sich hingegen, dass die Teilnehmerstaaten ihre bestehenden Verpflichtungen erfüllen müssen.

Leider halten sich einige Teilnehmerstaaten nicht an unsere bestehenden VSBM, obwohl sie sich dazu verpflichtet haben. Unter dem Strich hat dies zu einer Verschlechterung der kollektiven Sicherheit im OSZE-Raum geführt. Wenn Staaten routine- und standardmäßig Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle als Mittel zur Erreichung politischer Ziele nutzen und zugleich ihre Transparenzverpflichtungen missachten, steht einer Eskalation weniger im Wege. Diese absichtliche Aushöhlung droht mit der Zeit zu militärischen Fehleinschätzungen und mehr bewaffneten Konflikten zu führen.

Wir freuen uns auf die Fortsetzung dieser wichtigen Diskussion. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

975. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 981, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zunächst möchten wir unseren geschätzten Kolleginnen und Kollegen für ihre Worte der Anteilnahme und des Beileids im Zusammenhang mit den schrecklichen Ereignissen danken, die sich am 11. Mai dieses Jahres im Gymnasium Nr. 175 in der Stadt Kasan ereignet haben. Derzeit laufen Ermittlungen, und es werden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um ähnliche Tragödien in Zukunft zu verhindern.

Wir möchten dem armenischen Vorsitz für die Organisation des heutigen Sicherheitsdialogs danken. Die Herausforderungen in Verbindung mit der modernen Kriegsführung sind ein relevantes Thema, das die Aufmerksamkeit des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) verdient. Wir nehmen die aufschlussreichen Vorträge der Hauptreferentinnen und -referenten zur Kenntnis, die einen wichtigen Beitrag zu der breitgefächerten Erörterung dieses Themas auf verschiedenen Ebenen und auf unterschiedlichen Plattformen leisten.

Die gegenwärtige Phase in der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten ist durch das hohe Tempo der Aufrüstung und Weiterentwicklung der Waffensysteme gekennzeichnet. Außerdem weisen die Aktivitäten der Truppen (der verschiedenen Kräfte) eine ausgeprägte dienstübergreifende Komponente auf.

Kontaktlose oder hybride Aktivitäten, d. h. Medienkontrolle, Wirtschaftssanktionen, Unterstützung innerer Unruhen, Cyberangriffe und auch der Einsatz von Sondereinheiten und Spezialistinnen und Spezialisten zur Ablenkung und Sabotage, werden immer häufiger. Bekanntlich benötigt man für erfolgreiche hybride Aktivitäten heutzutage globale und allgegenwärtige Medien, einen Vorsprung in der Informations- und Telekommunikationstechnologie, eine Konzentration von Einflussmöglichkeiten auf das globale Finanzsystem sowie Erfahrung im Einsatz von Spezialkräften in anderen Ländern und Regionen.

Ich werde jetzt einmal nicht genauer darauf eingehen, wer über diese Möglichkeiten verfügt und sie aktiv in seiner Außenpolitik einsetzt. Nur so viel sei gesagt: Die aktive Einbindung hybrider Mechanismen bei der Lösung geopolitischer und ökonomischer Probleme, gepaart mit dem Einsatz von Desinformation zum Aufbau von Feindbildern in Gestalt anderer Staaten, schwächt unweigerlich die internationale Sicherheit.

Durch den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt beschleunigt sich selbstredend auch die Entwicklung von Waffen und militärischer Ausrüstung. Innovative Waffentypen wie z. B. autonome Robotersysteme, Multifunktionssysteme und Waffen, die auf neuen physikalischen Prinzipien basieren, sowie Hyperschall-Abfangjäger und -Waffen erhöhen die Einsatzwirksamkeit von Waffen erheblich. Ein Beispiel dafür war der Einsatz von Roboter- und unbemannten Systemen während des Einsatzes der russischen Streitkräfte gegen terroristische Organisationen in Syrien, wodurch die Einsatzwirksamkeit wichtiger Waffensysteme erhöht und Verluste beim Personal minimiert werden konnten.

Wie heute schon angemerkt, ist ein Hightech-Wettrüsten, bei dem auch Hyperschallwaffen eine Rolle spielen, zweifellos bereits im Gange. Das ist nichts Neues – der Wettkampf bei der Entwicklung von Waffensystemen reicht viele Jahrhunderte zurück. Neu ist, dass einige OSZE-Teilnehmerstaaten derzeit versuchen, diesen Wettkampf auf die Spitze zu treiben, ausgehend vom Konzept einer „Großmachtrivialität“, auch im technologischen Bereich. Dies ist mit unvorhersehbaren Folgen behaftet.

Mindestens ein Dutzend Länder entwickeln bereits Hyperschallwaffen. Hochpräzisionswaffen und vor allem verschiedene Typen von Hyperschallsystemen bilden die Hauptstütze unserer nichtnuklearen Abschreckungskräfte. Zum ersten Mal vorgestellt wurden die russischen Hyperschallwaffen vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, in seiner Rede vor der Föderalversammlung am 1. März 2018. Ich beziehe mich dabei auf das Raketensystem „Awangard“ und das luftfahrzeuggestützte Raketensystem „Kinschal“. Der Hyperschall-Sezielflugkörper „Zirkon“ wurde erst später präsentiert. Ich betone: Dass Russland diese Systeme überhaupt benötigte, war ausschließlich seinen Überlegungen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der strategischen Stabilität im Lichte des Rücktritts der Vereinigten Staaten von Amerika vom Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper und der ungehemmten Aufrüstung der US-amerikanischen strategischen Raketenabwehrfähigkeiten geschuldet.

Was die Rüstungskontrolle bei Hyperschallwaffen angeht, so gibt es dafür einen Präzedenzfall; dieser wurde von unserem Land geschaffen. Wir haben das erste strategische Hyperschallwaffensystem der Welt, „Awangard“, in den Geltungsbereich des Vertrags zur Reduzierung strategischer Waffen aufgenommen. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies in einem Geist des guten Willens geschah. Generell sind wir gerne bereit, diese Frage auch in multilateralen Formaten zu erörtern.

Herr Vorsitzender,

in den letzten zehn Jahren hat sich die Entwicklung von Technologien, die konventionellen Waffen die einzigartigen Fähigkeiten von Kampfrobotern verliehen, auf der ganzen Welt beschleunigt. Für diese Systeme wurde der Begriff „letale autonome Waffensysteme“ (LAWS) geprägt; darunter fallen Waffen mit der Fähigkeit, ohne menschliches Zutun Ziele zu treffen. Unser Land geht von der Prämisse aus, dass Staaten und Einzelpersonen für die Entscheidung, LAWS zu entwickeln und einzusetzen, nach Völker- und innerstaatlichem Recht stets die Verantwortung tragen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass das Völkerrecht einschließlich des humanitären Völkerrechts in vollem Umfang auf hochentwickelte Waffen und Gerät mit

einem hohen Grad an Autonomie anwendbar ist. Wir betrachten die Beibehaltung der menschlichen Kontrolle über die Maschinen als eine wesentliche Bedingung, wobei die diesbezüglichen spezifischen Formen und Methoden den Staaten selbst überlassen bleiben.

Die von den Hohen Vertragsparteien des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen eingerichtete Gruppe von Regierungssachverständigen zu letalen autonomen Waffensystemen ist aus unserer Sicht nach wie vor das ideale Gremium zur Erörterung dieser Waffensysteme einschließlich der moralisch-ethischen Aspekte und der Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Sitzung der Gruppe von Regierungssachverständigen im August 2019 zu einem Konsensbericht geführt hat, der elf Leitprinzipien für diese Systeme festlegt.

Abschließend möchte ich betonen, dass die fortschreitende Entwicklung der Heere und Seestreitkräfte der Teilnehmerstaaten parallel zu den multilateralen Bemühungen um eine Stabilisierung der Lage auf globaler und regionaler Ebene erfolgen muss. Unsere Priorität bleibt ein Ausbau der Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen mit den Streitkräften ausländischer Staaten auf der Grundlage eines respektvollen und gleichberechtigten Dialogs im Interesse der Stärkung der Rüstungskontrollregime und im Hinblick auf die Gewährleistung der allgemeinen Stabilität und Sicherheit.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen FSK-Sitzung.

975. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 981, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich eingangs unseren Hauptreferenten und -referentinnen für die Impulse danken, die sie uns mit ihren interessanten Vorträgen zu diesem wichtigen Thema für die heutigen Erörterungen gegeben haben. Sicherheit, Frieden und Stabilität im OSZE-Raum werden durch den jüngsten Fall von Gewaltanwendung in unserer Region, bei dem sich der rasante Wandel der Methoden und Mittel der Kriegsführung gezeigt hat, infrage gestellt wie nie zuvor. Meine Delegation ist der Ansicht, dass dieser Wandel angesichts seiner sicherheitspolitischen Auswirkungen weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung des Forums für Sicherheitskooperation stehen sollte.

Der im vergangenen Jahr von Aserbaidschan entfesselte Krieg gegen Arzach ist ein deutliches Beispiel für die Herausforderungen, vor die uns die moderne Kriegsführung stellt. Während des 44-tägigen Krieges setzte Aserbaidschan gegen Arzach und seine Bevölkerung ein breites Spektrum an schweren Waffen wie Panzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Mehrfachraketenwerfer, unter anderem vom Typ Grad, Smertsch, Uragan sowie thermobarische Raketenwerfer vom Typ TOS, und Luftfahrzeuge ein. Großes Leid wurde der Bevölkerung Arzachs auch durch Angriffe mit ballistischen Hochpräzisionsraketen vom Typ LORA und Kampfdrohnen (UAV) zugefügt.

Herr Vorsitzender,

in den letzten fünf Jahren hat die Anhäufung von Waffen zweimal – 2016 und 2020 – zur Anwendung von Gewalt in unserer Region geführt. Das Ausbleiben zielgenauer Reaktionen der internationalen Gemeinschaft und einer Verurteilung der Gewaltanwendung Aserbaidschans gegen Arzach im Jahr 2016 trug maßgeblich zur Schaffung einer Atmosphäre der Straflosigkeit bei und diente als Ermutigung zu erneuten Aggressionen. Das Ausmaß des letztjährigen Krieges und die darin eingesetzten Waffen haben in der Tat gezeigt, dass er von langer Hand geplant war.

Die Fakten sprechen für sich selbst. In den letzten Jahren hat Aserbaidschan eine große Anzahl von schweren Waffen importiert, darunter 301-mm-Mehrfachraketenwerfer vom Typ Polones und 302-mm-Mehrfachraketenwerfer vom Typ Kasırga. Darüber hinaus hat

Aserbaidschan vier ballistische Raketen vom Typ LORA und eine große Anzahl von Kampfdrohnen, unter anderem vom Typ Bayraktar TB2, Harop, Orbiter 1K, Orbiter 3 und Skystriker, erworben, allesamt in den Jahren 2016 – 2020.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die von Aserbaidschan während des Krieges begangenen Kriegsverbrechen und Gräueltaten sind gut dokumentiert, und meine Delegation hat Ihnen darüber berichtet. Die tragischen Folgen des letztjährigen Karabach-Krieges sollten den Teilnehmerstaaten als ständige Mahnung daran dienen, dass die Anwendung von Gewalt unzulässig ist und dass wir durch die Einhaltung unserer gemeinsamen Verpflichtungen funktionsfähige und wirksame Rüstungskontrollmechanismen gewährleisten müssen.

Ich danke Ihnen und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

975. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 981, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN
DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES
ZU KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND
LAGERBESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION
(LETTLAND)**

Danke, Herr Vorsitzender.
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um Sie über das jüngste Treffen des informellen Freundeskreises zu unterrichten, das am 6. Mai 2021 über Videokonferenz abgehalten wurde.

An dem Treffen nahmen 67 Personen aus 35 OSZE-Teilnehmerstaaten sowie Vertreterinnen und Vertreter des OSZE-Sekretariats teil. Insgesamt 16 der Teilnehmenden waren Frauen.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten nutzten das Treffen, um über die Fortschritte bei der Aktualisierung der bestehenden OSZE-Praxisleitfäden (BPG) zu SALW und konventioneller Munition (CA) zu berichten und über die Entwicklung neuer Leitfäden zu informieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden über die OSZE-Dokumente zu SALW und zu SCA und deren Stellung im breiteren völkerrechtlichen Rahmen zur Regelung der Kontrolle von SALW informiert. Darüber hinaus bot das Treffen den Delegationen und ihren Fachexpertinnen und -experten aus den Hauptstädten eine Plattform zur Erörterung des Informationsaustauschs über Kleinwaffen und leichte Waffen und den Transfer konventioneller Waffen (CAT).

Die Teilnehmerstaaten, die bei der Aktualisierung der bestehenden Praxisleitfäden der OSZE zu SALW und CA federführend sind – Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, Schweden und Frankreich – berichteten über die Fortschritte in diesem Prozess.

Mit Freude kann ich festhalten, dass die Arbeit an der Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden (BPG) für SALW und CA weiterhin gut vorangeht. Neun der 17 bestehenden

Praxisleitfäden werden derzeit überarbeitet und aktualisiert; dazu gehört auch der Anhang eines Praxisleitfadens, der laut Vorschlag zu einem eigenständigen Praxisleitfaden werden soll. Während die Aktualisierung eines Praxisleitfadens im September 2020 verabschiedet wurde, wurden der Arbeitsgruppe A des FSK fünf weitere Aktualisierungsentwürfe für Praxisleitfäden zur Behandlung vorgelegt.

Wir sollten uns jedoch trotz der bisher erzielten Fortschritte nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, und ich ermutige die Teilnehmerstaaten, die die übrigen acht Praxisleitfäden ursprünglich erstellt oder unterstützt haben, den Prozess ihrer Aktualisierung in Gang zu setzen oder zumindest bei den Erörterungen zur Beurteilung ihrer Aktualität beziehungsweise der Notwendigkeit ihrer Aktualisierung eine führende Rolle zu übernehmen.

Im Hinblick auf die Entwicklung der neuen OSZE-Praxisleitfäden und die Verbesserung der Umsetzung der OSZE-Dokumente zu SALW und SCA informierte Österreich auf der Sitzung des informellen Freundeskreises über zwei eigene Initiativen: eine zur weiteren Operationalisierung der Normen zu SALW und CA und der Prinzipien und Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Untersuchung des unerlaubten Handels mit SALW und CA und eine zweite betreffend das Reflexionspapier zum Mechanismus für die Hilfestellung nach den Dokumenten der OSZE zu SALW und SCA. Des Weiteren unterrichtete Spanien den informellen Freundeskreis über den Entwurf für einen Praxisleitfaden über die Verhütung des unerlaubten Handels mit SALW und/oder Munition auf dem Seeweg und über Binnenwasserstraßen, der der Arbeitsgruppe A bereits zur Behandlung vorliegt.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Treffen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA eine effizient funktionierende Plattform für den Austausch von Informationen über ein breites Spektrum an normativen Fragen im Bereich SALW und SCA unter den Teilnehmerstaaten darstellen. Eine Unterrichtung durch das OSZE-Konfliktverhütungszentrum (KVZ) über die bevorstehenden Informationsaustausche über SALW und über CAT lieferte einen Überblick und Anleitungen zu den Formularen sowie zur Frage, ob Informationen öffentlich oder nichtöffentlich sind. Ferner hielt das KVZ einen Vortrag über den normativen Rahmen der OSZE einschließlich der Praxisleitfäden im Kontext eines weiteren völkerrechtlichen Rahmens zur Regelung der Kontrolle von SALW und SCA. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass der normative Rahmen der OSZE zu SALW und SCA politisch verbindlich ist, ebenso wie die OSZE-Praxisleitfäden.

Ein Arbeitsdokument, das die Erörterungen im Zuge des Treffens des informellen Freundeskreises vom 6. Mai zusammenfasst, wird in Kürze zusammen mit den auf dem Treffen gehaltenen Vorträgen verteilt werden.

Ich möchte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und allen Delegationen der OSZE-Teilnehmerstaaten danken, die dieses Treffen unterstützt und zu seinem Erfolg beigetragen haben.

Auch der Abteilung FSK-Unterstützung möchte ich meinen Dank für ihre wertvolle Fachexpertise und technische Unterstützung aussprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.